



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Finanzkommission
vom: 14. Januar 2010
zur Vorlage Nr.: [2009-159](#)
Titel: **Beteiligungsmanagement**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Finanzkommission an den Landrat

Beteiligungsmanagement

Vom 14. Januar 2010

1. Ausgangslage

Der Landrat hat am [24. Januar 2008](#) die Vorlage [2007/219](#) betreffend Steuerung der Beteiligungen des Kantons (Agenturbericht) zustimmend zur Kenntnis genommen und dem Regierungsrat den Auftrag erteilt, die Verordnung zum systematischen Beteiligungscontrolling innerhalb eines Jahres in Kraft zu setzen.

Mit dem vorliegenden Bericht wird diese Verordnung nun dem Landrat zur Kenntnis gebracht. Sie ist seit 1. Juli 2009 in Kraft und erstreckt sich (lediglich) auf Institutionen, an denen der Kanton Eigentum hat.

Ferner beantragt der Regierungsrat, folgende Vorstösse im Zusammenhang mit Beteiligungen abzuschreiben:

- Postulat [2006/320](#) von Patrick Schäfli, FDP: Mehr Mitbestimmung des Landrats bei öffentlich-rechtlichen Anstalten im Kanton Basel-Landschaft
- Postulat [2006/270](#) der FDP-Fraktion: Mandatsvertrag (Steuerung der Beteiligungen).

2. Kommissionsberatung

Die Finanzkommission behandelte die Vorlage an ihren Sitzungen vom 2. September und 2. Dezember 2009 im Beisein von Regierungsrat Adrian Ballmer, Yvonne Reichlin, Finanzverwalterin, Roland Winkler, Vorsteher Finanzkontrolle, und Ruedi Metzger, stv. Finanzverwalter.

3. Erwägungen der Kommission

Die Mehrheit der Finanzkommission ist mit dieser Vorlage grundsätzlich zufrieden. Positiv erachtet wird die Transparenz beim Beteiligungsmanagement und die Tatsache, dass nun explizit Mandate nötig sind, um in Beteiligungsverhandlungen einzusteigen. Begrüsst wird auch der Beteiligungsbericht, der alle zwei Jahre erstellt werden soll. Hauptproblem bleibt aber der Demokratieverlust, dem auch mit dieser Offenlegung der Beteiligungsstrategie nicht zu Leibe gerückt werden kann. Vor allem bei der Ausarbeitung von Staatsverträgen ist das Parlament weitgehend ausgeschlossen. Seine Rolle beschränkt sich darauf, diese Staatsverträge schliesslich zu genehmigen. Inzwischen ist eine Parlamentarische Initiative für die Einführung der Leistungsmotion eingereicht worden

([2009/347](#)). Mit diesem Instrument soll dem Parlament Einfluss auf die ausgelagerte Leistungserstellung und auf Globalbudgets gesichert werden, was sich in anderen Kantonen bereits bewährt. Da es um einen Ausbau der parlamentarischen Mittel geht, sollte dieses Thema von der Spezialkommission «Parlament und Verwaltung» behandelt werden.

Neben der Leistungsmotion könnte dem Demokratiedefizit auch mit dem Einbezug parlamentarischer Kommissionen in die Staatsvertragsverhandlungen begegnet werden, zumal die Entstehung komplexer mehrkantonalen Gebilde eine Entwicklung sei, die es zu akzeptieren gelte.

Die Finanzkommission sprach sich mit 9:3 Stimmen für Eintreten auf die Vorlage aus.

Eine Minderheit der Kommission möchte nur auf die Vorlage eintreten, wenn das Postulat 2006/320 «Mehr Mitbestimmung des Landrats bei öffentlich-rechtlichen Anstalten» stehen gelassen wird. Wenn immer mehr Aufgaben des Staates ausgegliedert würden, könne der Landrat lediglich noch den Jahresbericht und die Jahresrechnung genehmigen, aber darüber hinaus keinen Einfluss geltend machen.

Beispiele seien die Pläne der Motorfahrzeug-Prüfstation, in Bubendorf eine Zweigstelle zu schaffen, was nur durch Vorstösse im Landrat vorläufig habe abgeblockt werden können, oder das «Futuro»-Gebäude der Gebäudeversicherung, wofür – in Umgehung des Landrates – Millionen Franken investiert worden seien.

Auch sei es stossend, dass mit öffentlich-rechtlichen Anstalten keine kündbaren Verträge abgeschlossen werden und der Landrat bei diesen als Wahlgremium nicht zum Zuge kommen solle.

Seitens Regierungsrat wurde geltend gemacht, dass gemeinsame Institutionen mehr Effizienz brächten, aber auch einen gewissen Verlust an Einfluss für das Parlament bedeuteten.

Was die geforderte Kündbarkeit von Verträgen angehe, so sei zu beachten, dass die Verträge über die eigentliche Beteiligung unbefristet, die Verträge zur Leistungserstellung hingegen befristet seien und darauf Einfluss genommen werden könne.

4. Antrag

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat

- einstimmig mit 12:0 Stimmen, den Bericht zum Beteiligungsmanagement zur Kenntnis zu nehmen;
- mit 8:3 Stimmen bei einer Enthaltung, das Postulat [2006/320](#) von Patrick Schäfli, «Mehr Mitbestimmung des Landrats bei öffentlich-rechtlichen Anstalten im Kanton Basel-Landschaft!», stehen zu lassen;
- einstimmig mit 12:0 Stimmen, das Postulat [2006/270](#) der FDP-Fraktion, «Mandatsvertrag (Steuerung von Beteiligungen)», abzuschreiben.

Binningen, den 14. Januar 2010

Namens der Finanzkommission

Der Präsident:

Marc Joset